Bericht und Antrag des Regierungsrates
vom 26. Oktober 2004 an den Landrat
zur Änderung der Verordnung über die Staatliche Versicherungskasse Uri

I. Übersicht

Das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; SR 831.40), seit 1985 in Kraft, wird revidiert. Im März 2004 hat der Bundesrat beschlossen, die BVG-Revision in drei gestaffelten Paketen in Kraft zu setzen. Er hat gleichzeitig das 1. Paket samt den dazugehörigen Änderungen der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2; 831.441.1) verabschiedet (AS 2004 S. 1700). Die Bestimmungen des 1. Pakets betreffen die Transparenz für die Versicherten, die paritätische Verwaltung und die Auflösung von Verträgen. Sie sind seit dem 1. April 2004 in Kraft. Das 2. Paket, welches per 1. Januar 2005 in Kraft tritt, enthält alle anderen Bestimmungen, mit Ausnahme der steuerrechtlichen. Letztere werden als 3. Paket am 1. Januar 2006 in Kraft treten.

Die anstehenden Veränderungen der Verordnung über die Staatliche Versicherungskasse Uri (RB 2.4221; VO-VK) sollen dem Landrat nicht in einer einzigen Vorlage vorgelegt werden. Aufgrund unterschiedlicher Dringlichkeiten soll die Revision in zwei Schritten erfolgen.

Mit der vorliegenden kleinen Verordnungsänderung sollen in einem ersten Schritt jene Bestimmungen des neuen Bundesrechts in die VO-VK eingefügt werden, welche direkte finanzielle Auswirkungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Staatlichen Versicherungskasse Uri (VK Uri) haben beziehungsweise hätten. Diese Änderungen sollen auf den 1. Januar 2005 in Kraft treten. Im Jahr 2005 wird in einem zweiten Schritt eine umfassende Revisionsvorlage der VO-VK vorgelegt werden, welche per 1. Januar 2006 in Kraft treten soll.

II. Inhalt der Verordnungsänderung

Die vorliegende Änderung der VO-VK betrifft drei Artikel in zwei Bereichen, und zwar einerseits die Beibehaltung der bisherigen Höhe des Koordinationsabzuges. Änderungsbedürftig ist dazu ein Artikel. Andererseits geht es um die Auszahlung beziehungsweise Verzinsung von

Freizügigkeitsleistungen, wobei zwei Artikel tangiert werden.

2.1 Beibehalten der bisherigen Höhe des Koordinationsabzuges

Mit dem Inkrafttreten des 2. Pakets der BVG-Revision per 1. Januar 2005 wird eine neue Koordinationsregelung gelten. Gemäss BVG ist jener Teil des Jahreslohnes, der durch die AHV/IV-Leistungen bereits abgedeckt ist, in der 2. Säule (Vorsorgeeinrichtung) nicht zu versichern. Dieser nicht zu versichernde Betrag entspricht der maximalen AHV-Altersrente und wird "Koordinationsabzug" genannt. Der Koordinationsabzug beträgt zurzeit 25'320 Franken und wird per 1. Januar 2005 mit der Inkraftsetzung des 2. Pakets gemäss VO-VK Artikel 8 auf sieben Achtel (= 88 Prozent) dieses Wertes, nämlich 22'155 Franken reduziert. Mit der Senkung des Koordinationsabzuges wird der versicherte Lohn erhöht. Diese Massnahme im BVG wird getroffen, um den infolge der steigenden Lebenserwartung schrittweise über zehn Jahre von 7.2 auf 6.8 Prozent gesenkten Umwandlungssatz zu kompensieren. Ohne diese Massnahme würden die BVG-Renten künftig geringer ausfallen als bisher. Da die VK Uri den Umwandlungssatz bereits bei der letzten Revision (per 1. Januar 2000) auf das Niveau von 6.78 Prozent gesenkt hat, besteht jetzt kein Grund, den tieferen Koordinationsabzug nach BVG zu übernehmen und damit den versicherten Lohn zu erhöhen. Denn ohne gleichzeitige Kürzung des Umwandlungssatzes käme dies einem Leistungsausbau gleich. Auf die Leistungen der bei der VK Uri versicherten Personen hat die Beibehaltung des heute geltenden Koordinationsabzuges keine Auswirkung.

Ein Aufschieben der Anpassung dieses Artikels beziehungsweise die stillschweigende Übernahme des neuen Koordinationsabzuges gemäss BVG auch im überobligatorischen Bereich hätte zur Folge, dass der versicherte Lohn der aktiv versicherten Personen jährlich um 3'165 Franken höher ausfallen würde als bisher. Dies hätte höhere Beitragsleistungen für Arbeitgeber und Versicherte zur Folge. Aufgrund der bedeutenden Mehrausgaben für Arbeitgeber (721'000 Franken) und Arbeitnehmer (550'000 Franken), welche durch die vorliegende Revisionsvorlage verhindert werden können, soll die maximale AHV-Altersrente beibehalten werden. Dieses Vorgehen ist zulässig, weil es sich bei der VK Uri um eine "umhüllende Vorsorgeeinrichtung" handelt. Solche Kassen gewähren höhere Leistungen als es die gesetzlichen Mindestbestimmungen verlangen.

Kurz zusammengefasst: Für die zurzeit versicherten Personen ergeben sich auf der Finanzierungs- und Leistungsseite keine Veränderungen. Der bisherige Koordinationsabzug soll nicht herabgesetzt werden, weil:

- mit der Beibehaltung des geltenden Koordinationsabzuges erhebliche Beitragseinsparungen für Arbeitgeber und Versicherte erzielt werden.

- die prozentualen Altersgutschriften nach VO-VK Artikel 24 Absatz 1 in allen Altersgruppen, mit Ausnahme der 63- bis 65-Jährigen, höher sind als nach BVG. Damit ist weitgehend sicher gestellt, dass die Mindestvorschriften des BVG trotz Beibehaltung des bisherigen Koordinationsabzuges erfüllt sind.
- die VK Uri gemäss VO-VK Artikel 2 Absatz 2 den Nachweis erbringt, dass sie die BVG-Leistungen erbringt. Sie führt dazu die Schattenrechnung, in welcher die Leistungen und Verpflichtungen für die Kasse insgesamt und auch für die einzelne versicherte Person nach BVG ausgewiesen werden. Die Leistungen der Schattenrechnung werden mit den überobligatorischen Leistungen verglichen. Die VK Uri weist auf ihren Leistungsberechnungen (Leistungsausweis, Austrittsabrechnungen usw.) immer auch die BVG-Leistungen aus. Somit ist in jedem Fall sowohl für Versicherte als auch für die Aufsichtsorgane ersichtlich, dass die BVG-Leistungen auch unter Beibehaltung des bisherigen Koordinationsabzuges sichergestellt sind.

2.2 Senken der Eintrittsschwelle

Ab dem 1. Januar 2005 werden Arbeitnehmer bereits ab einem Jahreslohn von 18'990 Franken in der 2. Säule versichert (bisher 25'320). Diese Senkung der Eintrittsschwelle muss von der VK Uri zwingend übernommen werden. Die Änderung wird zu einer Zunahme des Versichertenbestandes und zu Mehrausgaben führen. Eine Anpassung der Verordnung der VK Uri zur Eintrittsschwelle ist nicht erforderlich, weil die Verordnung die Eintrittsschwelle bereits bisher nicht definiert, sondern in Artikel 2 Absatz 2 auf das Bundesrecht verweist.

2.3 Freizügigkeitsleistung: Verzinsung nach Austritt und Überweisung an Auffangeinrichtung

Ab dem 1. Januar 2005 gilt eine neue Verzugszinsregelung bei der Überweisung der Freizügigkeitsleistungen (AS 2004; Seite 1703). Diese müssen ab dem Austrittsdatum der versicherten Person zum BVG-Mindestzinssatz verzinst werden. Überweist die Vorsorgeeinrichtung die fällige Freizügigkeitsleistung nicht innert 30 Tagen, nachdem sie die notwendigen Angaben zur Überweisung der Freizügigkeitsleistung erhalten hat, so muss sie einen Verzugszins bezahlen. Dieser entspricht dem BVG-Mindestzinssatz plus 1 Prozent. Ab dem 1. Januar 2005 dürfen die Vorsorgeeinrichtungen, wenn die notwendigen Angaben zur Überweisung der Freizügigkeitsleistung seitens des Arbeitnehmers fehlen, die Freizügigkeitsleistung frühestens nach Ablauf von sechs Monaten an die Auffangeinrichtung überweisen. Die Aufnahme dieser Bestimmungen in die Revisionsvorlage dient zur Hauptsache der Transparenz für die versicherten Personen. Es ist wichtig, dass sie über die Meldepflicht, die Überweisung an die Auffangeinrichtung sowie die Zins- und Verzugszinspflicht der Kasse orientiert sind.

tiert sind.

III. Behandlung der Änderung in der Kassenkommission, Verzicht auf ein Vernehmlassungsverfahren

Mit der vorliegenden kleinen Verordnungsrevision werden Anpassungen an die geänderte Bundesgesetzgebung vorgenommen. Sie ist mit dem Versicherungsexperten der VK abgeprochen beziehungsweise von ihm empfohlen. Die Revision führt per Saldo zu keinen finanziellen Mehraufwendungen. Im Gegenteil, sie verhindert bedeutende zusätzliche Ausgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche ohne diese Revision aufgrund der geänderten Koordination der BVG-Revision zu erbringen wären. Aufgrund der Dringlichkeit und Kleinheit der faktischen Änderung ist es vertretbar, auf ein Vernehmlassungsverfahren zu verzichten. Hingegen ist für die noch anstehende umfassende Revisionsvorlage ein Vernehmlassungsverfahren vorgesehen. Die vorliegende Revision wurde von der Kassenkommission, dem paritätischen Organ nach BVG, vorberaten und einstimmig zuhanden des Regierungsrates verabschiedet.

IV. Finanzielle Auswirkungen

Mehrausgaben entstehen keine, mit Ausnahme der Beiträge für die neu nach Bundesrecht zu versichernden Personen infolge der Herabsetzung der Eintrittsschwelle von bisher 25'320 Franken auf neu 18'990 Franken.

Hingegen hätte die Übernahme des neuen Koordinationsabzuges gemäss BVG (22'155 Franken) zur Folge, dass der versicherte Lohn sämtlicher in der Kasse aktiv versicherten Personen (Vollpensum) um jährlich 3'165 Franken erhöht würde. Das heisst, die zu versichernde Lohnsumme insgesamt würde um 5,4 Mio. Franken ansteigen. Daraus würden für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhebliche Mehrausgaben entstehen.

a) Verhinderte Mehrausgaben

Durch das Beibehalten der bisherigen Höhe des Koordinationsabzuges werden Mehrausgaben verhindert. Gemäss Berechnungen des Versicherungsexperten handelt es sich um folgende Beträge:

721'000 Fr.	(57 %)	Ausgaben aller Arbeitgeber:
281'000 Fr.		- davon Kanton (exkl. Kantonssubventionen an die Lehrerbesoldung)
440'000 Fr.		- davon Übrige (Gemeinden usw.)

550'000 Fr.	(43 %)	Ausgaben aller Arbeitnehmer:
		182'000 Fr. - davon Kantonsangestellte
		368'000 Fr. - davon übrige Angestellte
1'271'000 Fr.	(100 %)	Total verhinderte Mehrausgaben
=====		

b) Mehrausgaben

Durch die Beitragserhöhung aufgrund der Herabsetzung des zu versichernden Mindestlohnes entstehen Mehrausgaben. Gemäss BVG Artikel 7 Absatz 1 wird der Mindestlohn (Eintrittsschwelle), ab welchem die Versicherungspflicht beginnt, auf drei Viertel des Betrages der maximalen AHV-Altersrente (bisher 100 Prozent) reduziert. Ab dem 1. Januar 2005 müssen somit neu auch Personen versichert werden, deren Jahreslohn zwischen 18'990 Franken und 25'320 Franken beträgt. Nach Angaben des Amtes für Personal wird dies für den Kanton zirka 30 Personen betreffen, welche neu der Versicherungspflicht unterliegen.

10'000 Fr.	betragen die jährlichen Mehrausgaben für den Kanton als Arbeitgeber.
20'000 Fr.	betragen die jährlichen Mehrausgaben bei den angeschlossenen Arbeitgebern (Gemeinden usw.). Es dürften aufgrund des Bestandesvergleichs mit dem Kanton zirka 40 bis 60 Personen aufgrund der tieferen Eintrittsschwelle zusätzlich der Versicherungspflicht unterstehen.

<hr/>	
30'000 Fr.	Total Mehrausgaben
=====	

Die gemäss Schätzung betroffenen 70 bis 90 Personen haben entsprechende Einzahlungen von insgesamt zirka 28'000 Franken an die VK Uri zu leisten.

Insgesamt entstehen durch die Änderung der VO-VK für die Arbeitgeber Mehrausgaben von 30'000 Franken, wovon auf den Kantonshaushalt 10'000 Franken entfallen. Weiter werden durch die Verordnungsänderung Mehrausgaben von 1,3 Mio. Franken verhindert, wovon 281'000 Franken direkt den Kantonshaushalt betreffen.

V. Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln

Artikel 9 Absatz 1 Versicherter Lohn, Koordinationsabzug

Durch den tieferen Koordinationsabzug nach BVG (nur sieben Achterl des Abzugs nach VO-VK), ist es möglich, dass eine versicherte Person nach BVG einen höheren koordinierten

Lohn hat als im überobligatorischen Bereich, wo der volle bisherige Koordinationsabzug von 25'320 Franken in Abzug gebracht wird. Um dies zuzulassen, d. h. um trotzdem den bisherigen Koordinationsabzug beibehalten zu können, müssen die beiden letzten Sätze geändert beziehungsweise präzisiert werden. Vgl. auch die Ausführungen vorne unter II 2.1.

Artikel 41 Freizügigkeitsleistung

Bisher schuldeten die Vorsorgeeinrichtungen einen Verzugszins auf der Freizügigkeitsleistung einer ausgetretenen versicherten Person ab dem Datum des Austritts. Dies galt unabhängig davon, ob die Person die notwendigen Angaben, wohin die Austrittsleistung übertragen werden soll, gemacht hatte oder nicht. Die für die Vorsorgeeinrichtungen nachteilige Regelung wird nun geändert, indem für die Zeit zwischen der Fälligkeit der Freizügigkeitsleistung bis zum Eintreten des Zahlungsverzuges (30 Tage nach dem Austritt), neu von den Vorsorgeeinrichtungen nicht mehr wie bisher der höhere Verzugszinssatz, sondern nur noch der BVG-Mindestzinssatz angewendet werden muss. Der Verzugszinssatz entspricht dem BVG-Mindestzinssatz plus einem Prozent. Da die gesetzliche Vorschrift über die Zinspflicht der Vorsorgeeinrichtungen beim Zahlungsverzug der Austrittsleistung in der VO-VK bisher nicht geregelt war, ist ein neuer Absatz 4 zu schaffen.

Artikel 42 Absatz 1 Übertragung der Freizügigkeitsleistung

Die bisherige Verzugszinsregelung hat dazu geführt, dass Vorsorgeeinrichtungen die Freizügigkeitsleistungen häufig nach dem Austritt der Versicherten, falls die neue Vorsorgeeinrichtung nicht umgehend gemeldet worden war, relativ schnell der Auffangeinrichtung überwiesen haben. Nur kurze Zeit nach dem Eingang der Freizügigkeitsleistung musste diese sie wieder an die zwischenzeitlich bekannt gewordene neue Vorsorgeeinrichtung übertragen. Dadurch sind der Auffangeinrichtung vermeidbare Kosten entstanden. Mit dieser Artikeländerung sollen bei der Auffangeinrichtung unnötige Kosten und Umtriebe vermieden werden. Bisher hat die VK Uri gemäss Artikel 42 Absatz 1, falls die austretende Person keine Angaben zur Überweisung der Freizügigkeitsleistung machte, diese innert 30 Tagen der Auffangeinrichtung überwiesen. Nach der neuen Gesetzgebung muss sie mit der Überweisung sechs Monate zuwarten. In Anpassung an die geänderten eidgenössischen Gesetzesbestimmungen muss diese Änderung auch im kantonalen Recht festgeschrieben werden.

VI. Antrag

Gestützt auf den vorliegenden Bericht beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die im Anhang enthaltene Änderung der Verordnung über die Staatliche Versicherungskasse Uri wird beschlossen.

Anhang:
Änderung der Verordnung über die Staatliche Versicherungskasse

Beilage:
Glossar

VERORDNUNG**über die Staatliche Versicherungskasse Uri**

(Änderung vom...)

Der Landrat des Kantons Uri beschliesst:

I.

Die Verordnung vom 30. September 1992 über die Staatliche Versicherungskasse Uri¹⁾ wird wie folgt geändert:

Artikel 9 Absatz 1

¹Der versicherte Lohn entspricht dem massgebenden Lohn gemäss Artikel 8, vermindert um den Betrag der maximalen AHV-Altersrente (Koordinationsabzug). Der versicherte Lohn entspricht mindestens dem minimalen koordinierten Lohn nach Artikel 8 Absatz 2 BVG²⁾.

Artikel 41 Absatz 4 (neu)

⁴Die Freizügigkeitsleistung wird fällig mit dem Austritt aus der Kasse. Ab diesem Zeitpunkt ist sie mit dem Mindestzinssatz nach BVG²⁾ zu verzinsen. Überweist die Kasse die fällige Austrittsleistung nicht innert 30 Tagen, nachdem sie die notwendigen Angaben zur Überweisung erhalten hat, so ist ab Ende dieser Frist, frühestens aber 30 Tage nach dem Austritt, ein vom Bundesrat festgelegter Verzugszins zu bezahlen.

Artikel 42 Absatz 1

¹Die versicherte Person gibt der Kasse beim Austritt bekannt, an welche Vorsorgeeinrichtung die Austrittsleistung zu überweisen ist. Eine versicherte Person, die nicht in eine neue Vorsorgeeinrichtung eintritt, hat der Kasse mitzuteilen, in welcher gemäss FZG³⁾ zulässigen Form sie den Vorsorgeschutz erhalten will. Dementsprechend überweist die

¹⁾ RB 2.4221

²⁾ SR 831.40

³⁾ SR 831.42

Kasse die Austrittsleistung. Unterlässt die versicherte Person die rechtzeitige Mitteilung, so wird die Austrittsleistung nach Ablauf von sechs Monaten seit dem Austritt an die Auf-fangeinrichtung nach Artikel 60 BVG¹⁾ überwiesen.

II.

Diese Änderung unterliegt dem fakultativen Referendum. Sie tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin: Luzia Schuler

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

¹⁾ SR 831.40

GLOSSAR

(Wichtige Begriffe im Bericht des Regierungsrates vom 20.10.2004 an den Landrat zur VO-VK)

Altersguthaben	Das Altersguthaben besteht aus den Altersgutschriften samt Zinsen, den eingebrachten Freizügigkeitsleistungen samt Zinsen, den freiwilligen Eintrittsleistungen samt Zinsen. Der Satz für die Verzinsung der Altersguthaben wird jährlich im Voraus festgelegt. Der Mindestzinssatz richtet sich nach dem BVG. (VO-VK Art. 25)
Auffangeinrichtung	Stiftung zur Sicherstellung des BVG-Obligatoriums. Verwaltet u.a. "vergessene" Freizügigkeitskonti.
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 25. Juni 1982 (SR 831.40)
BVG-Minimum bzw. BVG-Minimalkasse	Vorsorgeeinrichtung, welche die Minimalleistungen nach den BVG-Minimalvorschriften erbringt.
BVV 2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 18. April 1984 (SR 831.441.1)
Freizügigkeitsleistung = Austrittsleistung	Betrag, der der versicherten Person beim Austritt aus der Vorsorgeeinrichtung zusteht. Entspricht dem Altersguthaben.
Koordinationsabzug	Betrag der maximalen einfachen AHV-Altersrente, z.Z. 25'320 Fr. (VO-VK Art. 9 Abs. 1)
Massgebender Lohn	Der massgebende Lohn entspricht dem AHV-pflichtigen Jahreslohn vermindert um Lohnbestandteile, die nur gelegentlich anfallen. Nebenbezüge wie Überzeitvergütungen, Nachtdienst- und Pikettzulagen werden nicht versichert. (VO-VK Art. 8)
Maximale AHV-Altersrente	Wird bestimmt aufgrund des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens und beträgt zurzeit 25'320 Fr.
Paritätische Verwaltung	Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben das Recht, in das oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung die gleiche Zahl von Vertretern zu entsenden. (BVG Art. 51 Abs. 1) Oberstes Organ bei VK Uri: "Kassenkommission".
Schattenrechnung	Separate Führung der Alterskonti für die Berechnung der Mindestleistungen gemäss BVG
Überobligatorium	Zusätzliche Leistungen zum BVG-Obligatorium
Umhüllende Kasse	Diese Vorsorgeeinrichtungen erbringen höhere Leistungen als die Minimalvorschriften des BVG vorsehen. Dies trifft für die VK Uri zu.
Umwandlungssatz nach BVG	Vom Bundesrat festgesetzter Mindestprozentsatz zur Berechnung der jährlichen Rente aufgrund des vorhandenen Altersguthabens.
Versicherter Lohn	Der versicherte Lohn entspricht dem massgebenden Lohn, vermindert um den Betrag der maximalen AHV-Altersrente. Der versicherte Lohn entspricht mindestens dem koordinierten Lohn nach dem BVG. Wird der bei der Vorsorgeeinrichtung massgebende Lohn durch eine Teilzeitarbeit verdient, vermindert sich der Koordinationsabzug anteilmässig. (VO-VK Art. 9 Abs. 1 und 2)